

# Was sind uns Medien wert?

Wissenschaftlerin Patricia Schiess ortet zunehmenden Bedarf an staatlicher Unterstützung.

David Sele

Patricia Schiess hat kürzlich eine umfassende rechtsvergleichende Untersuchung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den deutschsprachigen Ländern vorgelegt. Einige Ergebnisse fasste die Wissenschaftlerin am Dienstag im Liechtenstein-Institut in einem Vortrag zusammen. Sie transportierte dabei bewusst Idealbilder, die aufzeigen, welche Funktionen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den privaten Medien zukommen sollten. Demnach müsste der öffentlich-rechtliche Rundfunk bezüglich Vielfalt, Qualität, journalistische Sorgfalt und Konstanz höheren Ansprüchen gerecht werden als private Medien. Inwieweit die Medien in Liechtenstein die ihnen zugeschriebenen Rollen ausfüllen, liess Schiess offen.



Patricia Schiess hat zur Finanzierung des öffentlichen Rundfunks geforscht.

Bild: Paul Trummer

## In der Praxis viele Gemeinsamkeiten

Bei all den theoretischen und juristischen Unterschieden stellen sich dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den privaten Medien in Liechtenstein in der Praxis jedoch dieselben Herausforderungen, so die Analyse der Wissenschaftlerin. Das Einzugsgebiet ist klein, was einerseits die Zahl der Konsumenten und Werbekunden stark beschränkt. Andererseits ist es für Journalisten in Liechtenstein schwieriger an Informationen zu kommen, da die Zahl der Personen, die Auskunft geben können und wollen, ebenfalls gering ist. Und durch Stellungnahmen von Verbänden werde die Vielfalt der Meinungen nicht abgedeckt, weshalb jeweils vertiefte Abklärungen nötig seien.

Zugleich ist mehr eigene Recherche nötig als bei auslän-

dischen Lokalmedien. Denn es gibt keine Nachrichtenagenturen, die Informationen über Liechtenstein bereitstellen.

Ausländische Medien berichten derweil nur selten und wenn, dann oberflächlich über Liechtenstein. Dafür stellen sie im Unterhaltungsbereich eine unüberwindbare Konkurrenz für Liechtensteiner Medien dar.

## Dieselben Ziele und derselbe Zielkonflikt

Auch die Ziele, die das Rundfunkgesetz einerseits und das Medienförderungsgesetz andererseits verfolgen, sind gemäss Schiess identisch. Gefördert werden soll eine Medienvielfalt als Grundlage für die Meinungsbildung, Qualität und Recherche sowie die Vermittlung und Deutung von Inhalten. Angestrebt wird zudem eine Ver-

breitung im Land und über die Landesgrenzen hinaus.

Und letztlich sind die privaten Medien und der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Liechtenstein auch demselben Zielkonflikt unterlegen: Einerseits streben sie möglichst viel Staatsferne und redaktionelle Unabhängigkeit an, andererseits werden sie zu wesentlichen Teilen durch staatliche Gelder finanziert.

Abhilfe müssten demnach verfahrensrechtliche Vorkehrungen schaffen, damit die Verteilung des Geldes nicht politisiert wird. In Liechtenstein sieht das Gesetz beispielsweise vor, dass die Politik keinen Einfluss auf das operative Geschäft von Radio L nehmen darf. Und die Kriterien für den Anspruch und das Verfahren zur Bemessung der Medienförderung sind ebenfalls gesetzlich geregelt.

Die Unabhängigkeit der Medien trotz staatlicher Finanzierung zu wahren, dürfte in Zukunft noch wichtiger werden, wie sich aus der Einschätzung von Patricia Schiess ableiten lässt. Sie geht davon aus, dass Erträge aus Werbung und Aboverkäufen langfristig auch in Liechtenstein weiter sinken werden. Entsprechend müsse sich das Land die Frage stellen: «Wollen wir Medien in Liechtenstein? Und was sind sie uns wert?»

Wie hoch die Gefahr einer Verpolitisierung der Antwort darauf ist, zeigte die Diskussion nach dem Vortrag, dem auch einzelne Medienschaffende, Experten sowie diverse Landtagsabgeordnete gelauscht hatten. Die Vorstellungen darüber, welche Funktion Medien überhaupt ausüben sollten, sind unterschiedlich.